Drucksachen-Nr. BV/248/2018	Datum 21.12.2018	
---------------------------------------	---------------------	--

Zuständiges Dezernat/Amt: Dezernat II / Jugendamt

Beschlussvorlage öffentliche Sitzung

Beratungsfolge	Datum	Stimmenverhältnis				Lt. Beschlussvorschlag	Abweichender Beschluss (s. beiliegendes Formblatt)
		Ja	Nein	Stimmenenthaltung	Einstimmig		
Jugendhilfeausschuss	29.01.2019						

Inhalt:

Implementierung von niedrigschwelligen Maßnahmen im Landkreis Uckermark 2019

Wenn Kosten entstehen:

Kosten 150.000 €	Produktkonto 36750.533290	Haushaltsjahr 2019	☒ Mittel stehen zur Verfügung
☐ Mittel stehen nicht zur Verfügung ☐ Mittel stehen nur in folgender Höhe zur Verfügung: €	Deckungsvorschlag:		

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Förderung von Maßnahmen zum strukturellen Ausbau von Frühen Hilfen im Landkreis Uckermark gemäß der Prioritätensetzung Anlage 1.

gez. Karina Dörk

Landrätin

gez. Michael Steffen

Komm. Dezernent

Begründung:

Zum 01.01.2012 ist das Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen – Bundeskinderschutzgesetz (BKisSchG) in Kraft getreten. Auf dieser Grundlage wurde durch den Jugendhilfeausschuss (JHA) am 13.11.2012 und dem Kreistag am 05.12.2012 das Präventionskonzept Frühe Hilfen beschlossen. Nach § 3 KKG ist der örtliche Jugendhilfeträger verpflichtet, Rahmenbedingungen für verbindliche Netzwerkstrukturen zu schaffen und bestehende Netzwerke weiterzuentwickeln.

Das Netzwerk Frühe Hilfen wurde im Dezember 2012 mit dem Ziel der multiprofessionellen Vernetzung und einer möglichst frühzeitigen Information, Beratung und niedrigschwelligen Unterstützung von werdenden Eltern und Familien mit Kindern von 0 bis 3 Jahren initiiert. Das Netzwerk vereint ämter-, einrichtungs- und professionsübergreifende Kooperationspartner und dient als Plattform für Austausch und zur gegenseitigen Informationsvermittlung.

Bis zum Jahr 2017 wurde der Fokus im Rahmen der Netzwerkarbeit auf die vier Ballungszentren Prenzlau, Templin, Schwedt/Oder und Angermünde gelegt.

Mit der Fortschreibung der Präventionskonzeption im Jahr 2017 (Drucksache BV/768/2017) wurde der erreichte Arbeitsstand aus den Jahren 2013 bis 2017 dokumentiert, konkrete Zielsetzungen, die gemeinsam in Fachgesprächen und Arbeitsberatungen er- und überarbeitet wurden, formuliert und festgelegt. Zugleich ist der neue, strukturelle Rahmen für die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben festgehalten. Die relevanten Einrichtungen, Träger, Dienste und Akteure waren am progressiven Gestaltungsprozess der Frühen Hilfen des Landkreises Uckermark beteiligt.

Mit dem 01.01.2018 erfolgt die Steuerung, Planung und Gestaltung der laufenden Netzwerkarbeit durch die Netzwerkkoordination Frühe Hilfen des Jugendamtes mit dem Ziel, eine einfachere, transparente Verbindung zwischen den operativen Akteuren im Sozialraum und der übergeordneten, strategischen Ebene herzustellen. Gleichzeitig ist die Bedarfsermittlung und die daraus resultierende Initiierung von ergänzenden, niedrigschwelligen Angeboten, vor allem im ländlichen Raum sowie das Bauen von Brücken für eine gelingende Zusammenarbeit, prioritäre Aufgabe in Hinblick auf die gelingende strategische Neuausrichtung und die weiterführende Umsetzung der Präventionskonzeption.

Im Fokus steht die flächendeckende Gestaltung des Kinderschutzes in einem umfassenden System von ineinander vernetzenden, proaktiven (präventiven) Maßnahmen im Landkreis Uckermark, um für alle werdenden Eltern und Familien mit Kindern von 0 bis 3 Jahren frühzeitig bedarfsgerechte Unterstützungsangebote vorhalten zu können.

Der Implementierung von sozialraumorientierten und niedrigschwelligen Hilfs- und Unterstützungsangeboten kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, um Wechselwirkungen zu fördern und eine flächendeckende Gestaltung und Vernetzung weiterzuentwickeln, die insbesondere den Einbezug ländlicher, infrastrukturell schwacher Gemeinden stärker berücksichtigen.

Im Rahmen der strategischen Neuausrichtung des Netzwerkes Frühe Hilfen sollte, neben der Steuerungsverantwortung der Netzwerkarbeit zum örtlichen Jugendhilfeträger, den Trägern die Möglichkeit gegeben werden, Konzepte hinsichtlich niedrigschwelliger, präventiver Angebote für werdende Eltern und Familien mit Kindern von 0 bis 3 Jahren in den Sozialräumen

zu entwickeln, die nach der Prüfung durch die Verwaltung des Jugendamtes in den Sozialräumen umgesetzt werden können.

Mit der Förderrichtlinie Frühe Hilfen des Landkreises Uckermark, die im Jugendhilfeausschuss vom 20.03.2018 beschlossen wurde, ist eine wichtige Grundlage zur Umsetzung der Ziele der Bundesstiftung Frühe Hilfen (gem. § 3 Abs. 4 KKG) und der Präventionskonzeption Frühe Hilfen des Landkreises Uckermark gelegt worden. Mit dieser Richtlinie sollen bedarfsgerechte und vor allem niedrighschwellige Angebote gefördert werden.

Mit der Förderung nach dieser Richtlinie sollen die Angebote gleichzeitig Versorgungslücken für die vorgesehene Zielgruppe schließen und das örtliche Angebot der Frühen Hilfen weiterentwickeln.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegen dem Jugendamt 12 Anträge auf Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen zum strukturellen Ausbau von Frühen Hilfen im Landkreis Uckermark vor.

Drei Anträge wurden durch die Antragsteller zurückgezogen. Drei weitere Anträge fanden aus formalen Gründen, da diese z.B. verfristet eingereicht wurden, keine Berücksichtigung. Es verbleiben sechs Anträge zur weiteren Prüfung und Entscheidung. Bei einem Antrag liegt die beantragte Fördersumme unter 1.500,00 Euro. Er bedarf daher nicht einer Entscheidung durch den Jugendhilfeausschuss. Die Verwaltung hat für diesen Antrag die Förderfähigkeit festgestellt und beabsichtigt eine Förderung der Höhe nach entsprechend der Antragstellung.

Das Antragsvolumen der verbleibenden 5 Anträge liegt über dem zur Verfügung stehenden Budget (150.000 EUR). Von daher ist neben einer fachlichen Bewertung der Projekte auch eine Priorisierung (fachliche Gewichtung) für den Einsatz der Fördermittel vorzunehmen.

Für dieses Verfahren hat die Verwaltung eine umfangreiche, fachlich fundierte, inhaltlich transparente Bewertungsmatrix erarbeitet und angewendet. Diese bildet somit die Möglichkeit einer Gleichbehandlung aller Anträge und beugt einer willkürlichen Entscheidung vor. Die Verwaltung wird diese Bewertungsmatrix und den Prozess im Unterausschuss Jugendhilfeplanung am 15.01.2019 vorstellen.

Es werden durch die Verwaltung die in der Anlage 1 gemäß der Rangfolge dargestellten Anträge 1-3 zur Förderung favorisiert. Somit wäre auf Basis der verbleibenden restlichen Mittel für fortlaufende Anträge im Jahr 2019 die Möglichkeit zur Berücksichtigung gegeben.

Für den Fall, dass aus nicht vorhersehbaren Gründen einer der Anträge 1-3 nicht zur Förderung beschieden werden kann, würden die Anträge 4-5 entsprechend nachrücken.

Anlagenverzeichnis:

Anlage 1: Bewertung der Anträge